

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Attermeyer von der Münsterländischen Volkszeitung,
sehr geehrte Damen und Herren,

Finanzierung durch das Land

Wenn man sich die Haushaltslage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen anschaut, dann muss man sich eins vor Augen führen:

Von 396 Kommunen wird im Jahr 2026 voraussichtlich (nach Haushaltsumfrage des StGB NRW) genau eine einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben. Eine einzige. 2024 waren es noch 16, 2025 nur noch 10.

Das ist kein Warnsignal mehr. Das ist ein flächendeckender Alarmzustand.

Ein ausgeglichener Haushalt sollte der Normalfall sein. Heute ist er die absolute Ausnahme.
Defizite sind zum neuen Normal geworden.

Bis 2028 rechnen 240 Kommunen in NRW damit, dass sie ihre Rücklagen voll aufgebraucht haben. 240 von 396.

Und das liegt nicht daran, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker plötzlich schlechter wirtschaften.

Es liegt daran, dass die Aufgaben wachsen, aber die Finanzierung nicht mithält.

Das kommunale Finanzierungssystem ist aus der Balance geraten.

Unsere Kritik am Land in den Haushaltsreden klang schon wie ein Ritual.

Ich glaube, es muss klarer werden, dass wir das nicht länger hinnehmen können.

Nordrhein-Westfalen hat mit die höchsten Gewerbesteuersätze, gehört bei der Grundsteuer zu den Spitzenreitern und trotzdem stehen die Kommunen finanziell mit dem Rücken zur Wand.

Das Problem ist die Finanzierung durch das Land.

Ein Beispiel ist der Verbundsatz:

Früher lag dieser mal über 28 Prozent, heute nur noch 23 Prozent.

Fünf Prozentpunkte weniger. Das sind Milliarden, die den Kommunen fehlen.

Oder anders gesagt:

Das ist Geld, das den Städten und Gemeinden zusteht und ihnen vorenthalten wird.

Wenn fast alle Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr haben, dann ist das kein lokales Problem.

Wir erleben gerade nicht die Krise einzelner Städte. Wir erleben die schleichende Erosion der kommunalen Selbstverwaltung.

Fehlende vorausschauende Haushaltsführung der CDU

Die schwierige Lage zwingt uns aber auch, auf unsere eigenen Entscheidungen zu schauen.

Die Grundsteuer B ist kein Rettungsanker. Sie ist nur der viertgrößte Einnahmeposten. Nach Zuwendungen und Umlagen, nach der Gewerbesteuer und nach dem Anteil an der Einkommensteuer.

CDU und Grüne haben den Gewerbesteuerhebesatz für dieses Jahr von 430 auf 460 Punkte erhöht.

Wir als SPD haben bereits 2023 eine Erhöhung auf 480 Punkte vorgeschlagen.

Bei der Grundsteuer B wären wir heute mit unserem Antrag bei 760 statt 777 mit Schwarz-Grün.

Die Verwaltung hat auf unsere berechnet, was das bedeutet hätte.

Das hätte uns bis heute einen Puffer von 17,6 Millionen Euro verschafft.

Mit weniger Krediten, weniger Zinsen und mehr Handlungsspielraum.

Das zeigt:

Wir wollten Verantwortung übernehmen, ohne Bürgerinnen und Bürger unnötig zu belasten.

Wir hätten früher vor die Welle kommen können.

Früher strukturell gegensteuern können.

Mit der CDU war das leider nicht möglich.

Diese Zeit haben wir verloren. Das erhöht das Defizit, verschlechtert Handlungsmöglichkeiten und belastet Bürgerinnen und Bürger.

Finanzpolitik nach dem Prinzip Hoffnung ersetzt keine vorausschauende Haushaltsführung.

Notwendigkeit des Sparens mit klaren Schwerpunkten

Die nächsten Jahre werden deswegen nicht einfacher.

Deshalb müssen wir auch über Einsparungen reden.

Aber wir müssen das seriös und ehrlich tun.

Der größte Teil unserer Ausgaben sind Pflichtaufgaben.

Aber selbst in freiwilligen Leistungen liegt wenig Spielraum.

Das Problem ist:

Man spart an einer Stelle wenig ein, zerstört aber schnell Strukturen. Im Sport, in der Kultur, im sozialen Bereich.

Und oft entstehen daraus sogar Folgekosten.

Wenn wir über Einsparungen reden, dann müssen das echte Einsparungen sein.

Maßnahmen, bei denen lediglich Ansätze im Haushalt verschoben werden, wie wir es im letzten HDF erlebt haben, sind keine Einsparungen.

Das ist Augenwischerei.

Vom rechten Rand kamen ganz kurzfristig gleich mehrere Anträge.

Mal abgesehen davon, dass eine solche Kurzfristigkeit schlechter Stil ist, hätten sie auch konkrete Auswirkungen.

Sie wären negativ für den Zusammenhalt in unserer Stadt. Verhindern Begegnung von Menschen in unserer Stadt. Machen Energie in Rheine für die Zukunft sehr viel teurer. Wenden sich gegen die Gleichbehandlung der Geschlechter. Und wenden sich gegen demokratische Teilhabe in unseren Stadtteilbeiräten.

Die Rechtsextremisten zeigen ihr wahres Gesicht. Wer so Politik macht, der versucht keine Probleme zu lösen, der versucht Konflikte zu erzeugen.

Solche Anträge, die so gegen die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens schießen, können Demokraten und alle, die für die Rheinenserinnen und Rheinenser Politik machen wollen, nur ablehnen.

Notwendigkeit des Investierens

Gleichzeitig gilt:

Man spart sich nicht in eine gute Zukunft.

Man investiert in sie.

Für Kitas und Schulen,

für Infrastruktur,

für Sportvereine,

für unsere Innenstadt.

Im Zentrum müssen für uns Kinder und Familien stehen.

Für Familien funktioniert aktuell vieles nicht so, wie es funktionieren sollte.

Deshalb müssen wir uns auch an der Frage messen: Wird das Leben für Familien in Rheine konkret besser?

Das betrifft Kitas, Schulen und verlässliche Betreuung. Die Teilhabe am Bildungssystem.

Beitragsfreiheit in Kitas, kostenloses Essen in Kitas und Schulen und Sicherstellung des Schulbesuchs, auch wenn z.B. Schulbegleitungen kurzfristig ausfallen.

Dabei müssen wir einen Blick auf die **KiBiz-Reform** des Landes haben.

Wenn wir wollen, dass freie Träger weiterhin Kitas betreiben, dann müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Mit einer ausreichenden Finanzierung und nicht, in dem man bei Personal und Kindern spart.

Umso besser ist es, dass es nach anfänglichem Ruckeln (ein Überbleibsel sehen wir heute den Vorlagen) voraussichtlich wie von uns beantragt eine Resolution an das Land geben wird. Die jetzt gemeinsam erstellt und in den JHA gehen soll.

Auch beim Thema **Schulen** sehen wir:

Der Sanierungsstau ist da.

Und oft liegt es nicht am Geld, sondern am Personal. Wir kommen mit den Planungen nicht hinterher.

Geld allein baut keine Schulen. Ohne ausreichend Personal geht es nicht.

Dass CDU und Grüne den Haushalt später beschließen wollten, verschärft dieses Problem sogar, weil Zeit für Planung und Vergaben verloren geht. Nach dem Genehmigungsverfahren im April, der amtlichen Bekanntmachung im Mai, werden erste Ausschreibungen vermutlich erst im Juni beginnen. Dann ist fast ein halbes Jahr bereits vergangen.

Es braucht übrigens auch **bessere Rahmenbedingungen für Sportvereine.**

Unsere Sportvereine stehen unter Druck. Den Hilferuf aus dem Dezember auf dem Borneplatz haben wir alle noch in Erinnerung:

Deshalb müssen wir darüber sprechen, wie wir sie besser unterstützen können, durch stärkere hauptamtliche Unterstützung und angepasste Zuschüsse.

Leider wird gerade in angespannten Haushaltslagen oft **beim Sozialen** gespart.

Doch es sind gerade diese Strukturen: Begegnungsorte, Unterstützung für Familien und Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenslagen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt tragen.

Für uns als SPD ist klar: **Solide Finanzen und soziale Verantwortung gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.**

Ein weiteres Thema, das wir mit unserem Antrag auch nochmal sichtbar geworden ist, sind **Proberäume für Bands und junge Musikerinnen und Musiker.**

Die Verwaltung hat zunächst den Eindruck erweckt, der Bedarf sei im Grund gar nicht vorhanden.

Mittlerweile wird immer deutlicher:

Der Bedarf ist real. Das hören wir auch von Aktiven aus der offenen Jugendarbeit.

Und wenn wir eine lebendige Kulturszene wollen, müssen wir dafür auch Räume schaffen.

Auch unsere **Innenstadt** bleibt ein wichtiges Thema.

Sie attraktiver zu machen – gemeinsam mit der Ems – bleibt eine zentrale Aufgabe.

Aber dafür braucht es mehr als Forderungen der Innenstadtakteure und mehr als das Thema Parkgebühren.

Formate wie „Handel trifft Politik“ müssen von einer reinen Gesprächsebene zu einer Arbeitsebene werden.

Alle Beteiligten müssen bereit sein, gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Zuletzt hatten wir von CDU, Grünen, Linken und uns Anträge zur **Hundesteuer bzw. zur Finanzierung des Tierheims.**

Für 2026 wird die Hundesteuersatzung noch nicht geändert.

Aber es liegen mehrere Anträge auf dem Tisch:

die Befreiung von Jagdhunden,

unser Antrag für die Befreiung von älteren Tierheimhunden und weiteren Assistenzhunden,

oder die Frage der Finanzierung des Tierheims über die Hundesteuer.

Die Hundesteuer hat eine Steuerungsfunktion.

Und deshalb müssen wir sorgfältig überlegen, welche Signale wir setzen wollen.

Für uns ist klar:

Die Unterstützung von Tierheimhunden und Assistenzhunden hat dabei für uns eine höhere Priorität als Jagdhunde.

Wir müssen uns aber auch intensiver mit der Zukunft des **Tierheims Rote Erde** beschäftigen.

Das Tierheim übernimmt für zehn Kommunen eine Pflichtaufgabe:

die Unterbringung und Vermittlung von Tieren.

Wenn wir eine tiergerechte Unterbringung dauerhaft sichern wollen, wird das mehr Geld kosten.

Und zwar von allen beteiligten Kommunen. Das geht nur gemeinsam und das braucht Zeit.

Begründung der Ablehnung von Haushalt und Stellenplan

Am Ende bleibt für uns noch eine klare Frage:

Reicht dieser Haushalt aus, um unsere Stadt finanziell wirklich stabil aufzustellen?

Unsere Antwort lautet: nein.

Vor allem deshalb, weil eine bessere Finanzierung unserer Stadt zu lange verschlafen wurde.

Wäre unser Vorschlag aus 2023 umgesetzt worden, stünde Rheine heute rund 17,6 Millionen Euro besser da

mit weniger Schulden, weniger Zinsen und mehr Handlungsspielraum.

Deshalb lehnen wir diesen Haushalt und auch den Stellenplan ab.

Nicht, weil wir die Herausforderungen dieser Stadt verkennen,

sondern weil wir überzeugt sind, dass man früher und entschlossener hätte handeln müssen.

Dieser Haushalt verwaltet den Mangel, aber löst das Problem nicht.

Vielen Dank.